

# Brandbrief

## gegen die Diskriminierung früherer DDR-Flüchtlinge

Die Flüchtlinge, die einst aus eigener Kraft Mauer, Stacheldraht und Selbstschussanlagen der DDR überwunden hatten, wurden nach der Wiedervereinigung von der Bundesregierung aus der Renten-Solidargemeinschaft der Bundesrepublik ausgegliedert, ohne die Mitglieder des Deutschen Bundestages danach zu fragen und die Betroffenen darüber zu informieren. Deren Altersbezüge sind oft sehr viel geringer als wären sie in der DDR geblieben.

Es geht aber hier in der Hauptsache nicht um den Besitz und die Alterssicherung früherer DDR-Flüchtlinge. **Es geht um Rechtsstaatlichkeit und die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, und das betrifft alle Bundesbürger!** Gutachten unabhängiger Sachverständiger und des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages weisen nach, dass die Bundesregierung gegenüber den DDR-Flüchtlingen mehrere Artikel des Grundgesetzes verletzt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen nimmt die Bundesregierung bewusst in Kauf, damit ein deutliches Beispiel für „Politik nach Gutsherrenart“ zu liefern.

Wie will die Bundesregierung glaubhaft machen, dass sie tatsächlich und nachhaltig Flüchtlinge aus den Krisengebieten der Welt bei uns integrieren will, wenn sie die ehemaligen Flüchtlinge aus der damaligen DDR diskriminiert und ihnen rückwirkend das nimmt, was ihnen bei ihrer Ankunft rechtsverbindlich zustand?

**Wir fordern die Bundesregierung auf, diese diskriminierende Rechtsstaatsverletzung zu beenden und für alle DDR-Flüchtlinge, die vor dem Mauerfall in die Bundesrepublik integriert worden waren, den Rechtszustand von 1990 wiederherzustellen!**

**Wolfgang Graetz**

Rufnummern der Ansprechpartner

Tel. 030 – 661 31 78

**Dr. Wolfgang Mayer**

Tel. 06232 – 49 72 39

